

wirken könnte.²² Erst die überfällige Abwertung der Kuna dürfte eine nennenswerte Belebung des Exportgeschäfts und einen effektiven Rückgang der Importe bewirken. Ein analoges Ungleichgewicht von Aus- und Einfuhren kennzeichnet auch den Warenverkehr der FRJ (Tabelle 8). Ihre schon in der Vergangenheit nicht sonderlich ausgeprägten Auslandskontakte haben infolge der ideologisch wie sanktionsbedingten desolaten Verfassung der Wirtschaft eine massive Rückbildung erfahren. Die zwischenstaatlichen Lieferungen beschränken sich im wesentlichen auf wenig gewinnbringende Rohmaterialien, die seit der Aufhebung des Embargos sprunghaft angestiegenen Importe können mangels Devisenreserven und auf Grund internationaler Kreditrestriktionen kaum mehr beglichen werden.

Obwohl sich Makedonien im Kontext seiner entschiedenen Austeritätspolitik seit der Wiederöffnung seiner Transitwege sichtlich um eine Verbesserung seines außenwirtschaftlichen Status bemüht, ist das Ergebnis gleichwohl kaum ermutigend; der Exportzuwachs hält sich in engen Grenzen, die Importe steigen weiter an. Primäre Ursache sind einerseits das recht schmale international marktfähige Produktspektrum, andererseits weniger konsumtive Bedürfnisse als vielmehr unentbehrliche Rekonstruktionsansprüche der Wirtschaft.

Die ehemals potente außenwirtschaftliche Position von Bosnien-Herzegowina ist durch die Kriegereignisse derart geschwächt, daß von einem regelrechten Außenhandel allenfalls rudimentär die Rede sein kann. Faktisch hängt es mehr oder minder am Tropf internationaler Hilfsbereitschaft, ohne daß sich eine durchgreifende Änderung des eher deprimierenden Ist-Zustands abzeichnet.

²² Devisenzuflüsse durch den Fremdenverkehr 1997 = 2,5 Mrd. US-Dollar; vgl. FAZ-Informationen: Slowenien/Kroatien, 8/1998 [Fn. 11], S. 25.

Zur Diskussion gestellt – Osteuropaforschung im Umbruch

Osteuropa 3/1999

Klaus von Beyme

Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel

Der Paradigmawandel der „Transitologie“

Mit dem nachfolgenden Beitrag setzen wir unsere Diskussionsreihe zu Stand und Zukunft der Osteuropaforschung fort, eine Reihe, die mit Aufsätzen von Assen Ignatov (Osteuropa, 10/11, 1997, S. 1099–1114) und Thomas Bremer, Wim van Meurs und Klaus Müller (4/1998, S. 408–416) begann, dann schwerpunktmäßig in dem Sonderheft zu Ehren von Otto Wolff von Amerongen fortgeführt wurde (8/9, 1998) mit Beiträgen von Heinrich Vogel, Peter Danylow, Jörg Baberowski, Frank Umbach, Franz-Lothar Altmann und J. C. Sharmar. Inzwischen sind noch einige weitere Artikel zu dieser Thematik erschienen, nämlich von Dietrich Beyrau (10/1998, S. 1041ff.), Andreas Kappeler (11/12, 1998, S. 1198ff.), Barbara Christophe/Annette Legutke (ebd., S. 1202ff.), von Stefan Troebst (1/1999, S. 71ff.) und Nikolaus Katzer (2/1999, S. 187ff.).

Mit Klaus von Beyme kommt nun ein Sozialwissenschaftler zu Wort, der nach einer methodologischen Rundumschau über Entwicklungen, Theorien und Tendenzen in der Osteuropaforschung für seine Disziplin einen organisatorischen Wandel konstatiert – neue Fragestellungen bedingen eine wachsende interdisziplinäre Zusammenarbeit, die sich vor allem auf vier neue Forschungsgebiete konzentrieren wird: die zivilgesellschaftliche Grundlage der neuen Demokratien, das „constitutional engineering“, die Merkmale und Phasen der Konsolidierung von Demokratien und schließlich die Entstehung neuer Hybride in Form nichtkonsolidierter Demokratien.

Zwei Buchtitel haben die Debatte um einen Systemwechsel vor der Oktoberrevolution stark beeinflußt: „Kto vinovat?“ (Wer ist schuld?) von Alexander Herzen (1845) und „Čto delat?“ (Was tun?) von Nikolaj Černyševskij (1863). Die beiden Fragen die diese Philosophen des 19. Jahrhunderts aufwarfen, können auch als Leitfaden für den Umbesinnungsprozeß in der Osteuropaforschung dienen, der von zwei Fragen beherrscht wurde:

- Was war der Kommunismus und warum hat die Forschung seine Entwicklungschancen falsch eingeschätzt?
- Was muß die Osteuropaforschung tun, um für künftige Analysen und Prognosen besser gerüstet zu sein?

Theoretische und methodologische Retrospektive: „Was war der Kommunismus?“

Mit der Transformation der kommunistischen Systeme ist ein älterer Methodenstreit wieder aufgebrochen oder wird latent unter anderen Bezeichnungen wieder ausgetragen: *area studies* versus *vergleichende Sozialwissenschaften*. Mit diesem Streit waren drei Kontroversen verbunden:

1. Die Frage, ob die Sozialwissenschaften wie die Naturwissenschaften verfahren sollten. Die „Naturalisten“, die diese Frage bejahten, verbanden damit die Forderung, daß die Wissenschaft auf nomologische Erklärungen und Prognosen gerichtet sein solle.¹
2. Die Frage: wertfreie empirisch-analytische Wissenschaft statt holistischer Gesamtschau. Die „Naturalisten“ hatten nichts gegen die Fremdbezeichnung „Positivismus“.²
3. Die Frage, ob die Regime Osteuropas „einmalig“ seien und sich daher mit anderen Systemen nicht vergleichen ließen.

Der schärfste Vertreter des Antinaturalismus war Alfred Meyer gewesen. Einerseits war er einer der wichtigsten Revisionisten des Totalitarismus-Paradigmas, der neue Ansätze des Pluralismus in die Sozialismusstudien hineinrug und sich dagegen wehrte, daß die westlichen Demokratien nach ihren Idealen, die kommunistischen Regime aber nach ihrer Praxis beurteilt würden.³ Er monierte die Unterstellung, daß es im Kommunismus keinerlei Partizipation, Legitimität und Akzeptanz des Regimes gebe, und wandte damit implizit ganz neue, bisher vernachlässigte sozialwissenschaftliche Methoden an. Andererseits gerierte er sich als antisozialistischer Schöngeist, der Kunst und Kultur bei den Area Studies für sinnvoller erachtete als die politikwissenschaftlichen Methoden und Modelle.

Die naturalistische Position beharrte darauf, daß diejenigen, welche die Area Studies nach einem verbalen Bekenntnis zu ihrer notwendigen Vereinigung letztlich doch gegen die vergleichende Wissenschaft ausspielten, weil sie Methode (als Logik der Wissenschaft) und Forschungstechnik identifizieren. Ihre Vertreter sahen die naturwissenschaftliche Methode mit ganz unterschiedlichen Positionen und Forschungstechniken kombinierbar, vom Positivismus bis zum Konstruktivismus.⁴ Letzteres ist freilich zu bezweifeln. Der Konstruktivismus ist kaum wissenschaftlich zu nennen und neigt zu einem antikausalistischen und nicht-analytischem Holismus.

¹ Michael Martin/Lee C. McIntyre (Eds.): *Readings in the Philosophy of Social Science*. Cambridge/Mass. 1994, S. XVI.

² Frederic J. Fleron Jr.: *The Logic of Inquiry in Post-Soviet Studies*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 3/1996, S. 245–274, hier S. 246.

³ Alfred G. Meyer: *Comparative Politics and Its Discontent: The Study of the U.S.S.R. and Eastern Europe*, in: Lucian W. Pye (Ed.): *Political Science and Area Studies. Rivals or Partners?* Bloomington 1975, S. 98–130, hier: S. 114.

⁴ Frederic J. Fleron Jr., *The Logic of Inquiry* [Fn. 2], S. 247.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus scheint die naturalistische Position an Boden gewonnen zu haben. Die Besonderheiten der kommunistischen Systeme, die einen Vergleich mit anderen Regimen für viele Betrachter ausschließen, schien untergegangen zu sein; es sei denn auf einer hochabstrakten Ebene, in der Luhmann Einparteidiktatur im Sozialismus und demokratische Vielparteiensysteme als funktionale Äquivalente für die Stabilisierung der jeweiligen Systeme ansah. Für Meyer hatten diese Besonderheiten im Konzept der nationalen Kultur, der Betonung von reiner Elitenpolitik, der ideologischen Determiniertheit und im Totalitarismus gelegen.⁵ Allenfalls die erste Besonderheit der totalitären Area-Studien schien es für die Postkommunismusforschung noch zu geben: die nationale Kultur.

Angesichts der Tatsache, daß der Nationalismus in das Vakuum einrückte, das die realsozialistischen Ideologien hinterlassen hatten, scheint dieser Punkt noch an Bedeutung zu gewinnen. Die rein elitäre Politik hingegen spielt nur in einer Unterrubrik der „delegativen Demokratie“ (Guillermo O'Donnell) oder der „defekten Demokratie“ (Wolfgang Merkel) eine Rolle, die in den GUS-Staaten weit verbreitet sind. Dennoch sind viele Osteuropaforscher verunsichert.

Auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wird davor gewarnt, zuviel Theorie-Adaption und exzessive Modellbildung zu betreiben.⁶ Vor 1991 war diese Haltung weit verbreitet, weil man mit den Charakteristika des Totalitarismusmodells von Friedrich und Brzezinski auszukommen schien. Die Faktensammlung war zudem außerordentlich erschwert. Die Dokumente mußten auf ihren kryptischen Gehalt getestet werden. Die Statistiken – nach Bereinigung ihres beschönigenden Bias – konnten mit Vorsicht genossen werden. Die Technik des Faktensammelns absorbierte die Aufmerksamkeit und ließ wenig Zeit für die Anwendung der theoretischen Ansätze des Faches. Erst ab Mitte der siebziger Jahre hielten Interessengruppen-, Eliten- und Policy-Ansätze verstärkt Einzug in die Osteuropaforschung.

Diese Schwierigkeiten sind entfallen, und doch scheint die Empfehlung eines routinemäßigen Behaviouralismus nach dem Systemwechsel um sich zu greifen.⁷ Da die statistischen Daten der neuen Regime zum Teil noch sehr unbrauchbar sind, haben sich viele Forscher auf Umfragedaten geworfen. Schon immer hat die Historiker an den Sozialwissenschaften gestört, daß sie ihre Daten notfalls selbst generieren können. Die behaviouristischen Forschungstechniken sind in hohem Ansehen, aber der Behaviourismus als Methode wurde zunehmend in seiner theoretischen Grundlage angezweifelt. Die Rational-Choice-Ansätze haben dem Behaviouralismus inzwischen heimgezählt, was dieser einst den deskriptiv-historisch oder institutionalistisch arbeitenden Sozialwissenschaftlern angetan hat.

Dennoch sind beide Ansätze Zweige vom Baum eines Szientismus, vereint durch das Credo, daß die historischen Besonderheiten für die Sozialwissenschaften keine Relevanz haben dürfen. Die behaviouralistische Revolution hat wenig Theorie hervorgebracht und neigte in ihrer forschungstechnisch orientierten Konzeption dazu, an die „unbefleckte Empfängnis“ der Fakten zu glauben, aus denen die Theorie gleichsam durch „Selbstzeugung“ hervorgehen werde.⁸ In diesem Ansatz kam es nicht zu *deduk-*

⁵ Alfred G. Meyer, *Comparative Politics* [Fn.3], S. 110f.

⁶ Sarah Meiklejohn Terry: *Thinking about Post-Communist Transitions. How Different are they?*, in: *Slavic Review*, 2/1993, S. 333–337, hier: S. 333.

⁷ Alexander J. Motyl: *The Dilemmas of Sovietology and the Labyrinth of Theory*, in: Frederic J. Fleron Jr./Erik P. Hoffmann (Eds.): *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*. Boulder 1993, S. 78f.

⁸ John G. Gunnell: *Between Philosophy and Politics. The Alienation of Political Theory*. Amherst/Mass. 1987, S. 70.

tiven Theorien, sondern allenfalls zur Induktion: aus der Abstrahierung und Generalisierung der Fakten wurden Theorien gewonnen – ein Verfahren, das aber auch außerhalb der Osteuropaforschung weit verbreitet ist. Seit die Popper-Orthodoxie des Kritischen Rationalismus in der Postmoderne stark in Frage gestellt wurde, beten zwar viele Empiristen in ihren methodologischen Credos noch zu den alten Göttern. In ihren eigenen Forschungen aber gehen sie nicht deduktiv-theoretisch, sondern induktiv-typologisch vor.

Die Forderung nach Theorie-Orientierung ist jedoch mit dem Ruf nach wirklicher Eingliederung der Osteuropaforschung in die vergleichende Systemforschung nicht erfüllt. Die vergleichende Forschung selbst hat ihre atheoretischen Gefahren: Die Vergleiche sollten eigentlich nomologische Uniformität zutage fördern. Vielfach führen sie aber zu immer differenzierteren Typologien, die zwar keine völligen Einzelfälle mehr konstatieren, aber Subgruppen bilden, für die einige der Generalisierungen nicht gelten. Der neuen Forderung nach Einbeziehung einer normativen Theorie wird kein Vorschub geleistet: Der Vergleich neigt dazu, alles zu verstehen und im Vergleich auch vieles zu entschuldigen, was in einzelnen Systemen unentschuldigbar entwickelt wurde.⁷

Diese Mängel zeigten sich gerade bei empirisch-analytischen Komparatisten in der sowjetischen Zeit. Diejenigen, welche es nach 1991 immer schon gewußt haben, daß das Sowjetsystem dem Untergang geweiht sei, haben dann gern individuelle Mängel und politische Haltungen bei den Vorurteilen zugunsten der Stabilität und Entwicklungsfähigkeit der sozialistischen Systeme gewittert, wo eigentlich gerade die angeblich wertneutrale Methodologie die Fehlurteile förderte.⁸

Die positivistische Hinnahme alles Bestehenden hat mehr Fehleinschätzung zur Folge gehabt als ein angebliches ideologisches Fellow-Travelletum. Die Einzelperson eines sich in den Prognosen Irenden ist ohnehin völlig uninteressant. Interessant sind lediglich die methodischen Grundlagen irrtümlicher Prognosen, weil sie sich wieder ereignen könnten. Dabei ist die Überwindung der alten Ansätze, welche durch Totalitarismusmodelle und Ideologielastigkeit der Forschung gekennzeichnet waren,⁹ noch keine Garantie für künftig richtige Prognosen. Die Entwicklung defekter Demokratien und populistischer Halbdiktaturen kann genauso zu Fehlurteilen einladen. Dies gilt um so mehr, als der erste Enthusiasmus über die Universalisierung der Demokratie verfliegen ist. Mit der Feststellung ungleicher Konsolidierungsgrade der Demokratie schleichen sich leicht neue, allzu verständnisvolle Werturteile ein, daß der *big push* und die Alles-oder-nichts-Demokratisierungsstrategie nicht erfolgreich waren und nun gradualistische Konzepte befürwortet werden müssen, wie sie sich vor allem in der Ökonomie ausbreiten.¹⁰

Die ideologischen Grabenkämpfe um die Bewährung älterer theoretischer Ansätze waren in den USA nie so erbittert wie in Deutschland. Das ist kein Wunder. Durch die Teilung Deutschlands und die Entstehung eines sowjetischen Satelliten auf deutschem Boden war Verständnis für den Sozialismus oder auch nur die Befürchtung, daß er trotz mangelnder Akzeptanz faktisch stabil sei, so etwas wie „Vaterlandsverrat“. Nicht zufällig heißt die längste Anklageschrift auf diesem Gebiet „Deutsche Irrtü-

⁷ Klaus von Beyme: Die politischen Theorien der Gegenwart. Opladen 1992, S. 120.

⁸ Assen Ignatow: Osteuropaforschung: Fehler der Vergangenheit aufarbeiten, in: Osteuropa, 10/11, 1997, S. 1099–1114.

⁹ Andrea Chandler: The Interaction of Post-Sovietology and Comparative Politics. Communist and Post-Communist Studies, 1/1994, S. 3–17, hier: S. 4.

¹⁰ Marshall I. Goldman: Lost Opportunity. Why Economic Reforms in Russia have not worked. New York 1994, S. 239.

mer“.¹¹ Aber es gab ähnliche Kontroversen in Amerika. Der Gegenstand der Forschung lärfte auch hier auf die Forscher ab: im Sozialismus wurden ständig Schuldige gesucht. Sie hatten *motivationale Fehler*, die mit Sanktionen und zunehmend mit materiellen Anreizen behoben werden mußten, damit man die *strukturellen Mängel* des Systems nicht angreifen mußte. Noch Gorbačev neigte zu dieser Taktik, wenn er Wissenschaftler, Techniker oder Leiter von Wirtschaftseinheiten in seinen Reden angriff. So wurden auch in Amerika die „Apologeten des Reichs des Bösen“ ausgemacht, wenn sie nur *Konvergenztheoretiker* gewesen sind, wie der sicher eines latenten Pro-Kommunismus nicht Verdächtige Alfred Meyer. Selbst profilierte Antikommunisten waren ex post facto verdächtig, weil sie den Totalitarismus durch neue Konzepte – von Robert C. Tuckers „*Movement regime*“ bis zu David Apter „*Mobilisierungssystem*“ oder Charles Lindbloms „*Preceptorial System*“ – mit Entwicklungsdiktaturen der Dritten Welt vergleichbar gemacht hatten. Auf der Gegenseite gab es die Anklagen gegen die „heimlichen CIA-Agenten in der Wissenschaft“, die als rabiate ideologisierte Antikommunisten auftraten.¹² Robert Conquest, Richard Pipes und Martin Malia waren die Großinquisitoren der Verdächtigung. Jerry Hough oder Stephen Cohen waren dabei die linksideologischen Bösewichter.¹³ Auch hier waren die Ankläger eher die Forscher, die sich um Methodenfragen der Osteuropaforschung nie gesorgt hatten und daher den Gegenwurf der Szientisten auf sich zogen, daß sie durch Abkopplung der Sowjetologie von den sozialwissenschaftlichen Mutterdisziplinen diese zum gehobenen Journalismus degradiert hätten.¹⁴ Der Verdacht gegen ideologische Voreingenommenheit der Ostforschung richtete sich bei Historikern vielfach gegen die Sozialwissenschaftler. Aber auch unverdächtige Gelehrte haben dem widersprochen. Dominic Lieven bekannte, daß die Historiker und er selbst den Kollaps des Kommunismus keineswegs klarer vorausgesehen hätten.¹⁵ Aufgrund einer höheren Mobilität der Jungakademiker in den USA ist die Diskussion über die alten ideologischen Gräben rasch hinweggeschritten, weil eine davon unbeschwerte jüngere Generation in der Perestrojka-Zeit in die Forschungspositionen einrückte, die auch in ihren Köpfen eine Perestrojka lautlos vollzogen hatte. Sie stand diesen personen-zentrierten Verdächtigungskontroversen verständnislos und indiffernt gegenüber. Aber auch diese Generation war gegen neue Irrtümer über die Perestrojka nicht gefeit. Sie hat sich von dem Schwung Gorbačevs mitreißen lassen und übersehen, daß Glasnost in Gefahr war, die Perestrojka zu ruinieren, weil die Beharrungskräfte auf den Plan gerufen wurden. Aber auch die ältere Generation kämpfte ab 1985 zum Teil seitenverkehrt: die krenlinologisch-machtgruppen-orientierten Forscher waren begeistert vom neuen Kurs. Die sozialstrukturell argumentierenden For-

¹¹ Jens Hacker: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen. Berlin 1992.

¹² Susan Gross Solomon: Beyond Sovietology. Armonk/New York 1993, S. 241, 235.

¹³ Martin Malia: To the Stalin Mausoleum, in: Daedalus, 119, Frühjahr 1990, S. 295–344. Richard Pipes: 1917 and the Revisionists, in: National Interest, 31, Frühjahr 1993, S. 91–98. – Zu dieser Kontroverse: J. C. Sharman: Vorhersage und Vergleich. Zur Osteuropaforschung in den USA, in: Osteuropa, 8/9, 1998, S. 820–836, hier: S. 826.

¹⁴ Alexander Motyl: Dilemmas of Sovietology and the Labyrinth of Theory, in: Frederic J. Floron Jr./Erik P. Hoffmann, Postcommunist Studies [Fn. 7], S. 77–104.

¹⁵ Dominic Lieven: Western Scholarship on the Rise and Fall of the Soviet Regime. The View from 1993, in: Journal of Contemporary History, 1994, S. 195–227, hier: S. 212.

scher, die früher eher über den Wandel zu optimistisch urteilten, versanken ab 1987 in einen tiefen Pessimismus.¹⁸

Der reale Sozialismus wurde kaum je verglichen, es sei denn nach der *Divergenzmethode* in Textbooks als Kontrast zu den westlichen Demokratien. *Konvergente Züge* wurden bis 1985 in der Regel verneint. Annähernd verglichen wurden seit Arendt und Friedrich allenfalls der Nationalsozialismus und die Sowjetunion. Schon bei den „Volksdemokratien“ wurden Konzessionen gemacht, und der Versuch, Mussolinis Faschismus oder Francos Falange-Regime als totalitär einzustufen, wurde in der Regel abgelehnt. Brzezinski setzte sich bereits 1971 von Friedrich in dessen Festschrift vorsichtig ab, als er einen „dysfunktionalen Totalitarismus“ auch in der Sowjetunion feststellte.¹⁹ Noch rückte er aber nicht explizit von der mit Friedrich gemeinsam gemachten Aussage ab, daß ein totalitäres Regime nicht von innen zerfallen könne – was bekanntlich die schwerwiegendste Fehlprognose der Totalitarismustheoretiker gewesen ist.

Der Nationalsozialismus und der Faschismus gingen auf dem Höhepunkt ihrer totalitären Mobilisierung aller Kräfte durch *debellatio* unter. Das realsozialistische System überlebte und wurde nach 1953 meist nur noch von erbitterten Gegnern als stalinistisch eingestuft, was vielfach als synonym mit totalitär galt. Die Sowjetologen als Anhänger der Totalitarismus-Modelle wie der Modernisierungs- und Konvergenzvariante waren sich einig, daß die Sowjetunion von 1917 bis 1991 nicht als uniformes Regime angesehen werden konnte. Das Problem der „Identität des sowjetischen Regimes“ kam auf. Dies förderte die Tendenz, die Sowjetunion als einen Fall *sui generis* in der Regierungstheorie zu werten.²⁰ Es entbrannte eine Debatte um die genetischen oder essentiellen Züge und die bloß „developmental features“ des Sowjetsystems.²¹ Nicht einmal über die Chronologie waren die Postsozialisten einig. Hat El'cin 1993 ein bestehendes parlamentarisches System abgeschafft und damit die Regimekontinuität erneut unterbrochen und in der Russischen Föderation ab Dezember 1993 ein neues Verfassungssystem durchgesetzt?²²

Für die realsozialistischen Länder kam es zu einer zweifachen Untergliederung:

- Die Sowjetunion schien seit Brežnev, totalitär im Herrschaftsumfang, nur noch dem prinzipiellen Anspruch nachzulaufen.
- Bei den Volksdemokratien kam es zu der Untergliederung in einen totalen Anspruch bei autoritärer Struktur des Systems für die ČSSR, die DDR, Bulgarien und Rumänien. Autoritär, aber begrenzt im Herrschaftsanspruch wurden Ungarn, Polen und Jugoslawien eingeschätzt.²³

¹⁸ Klaus von Beyme: Glasnost contra Perestroika. Alternative Entwicklungsmöglichkeiten im sowjetischen Reformmodell, in: Werner Süß (Hrsg.): Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Hellmuth G. Bütow zum 65. Geburtstag. Berlin 1990, S. 241–51.

¹⁹ Zbigniew Brzezinski: Dysfunctional Totalitarianism, in: Klaus von Beyme (Hrsg.): Theory and Politics. Theorie und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag für Carl J. Friedrich. Den Haag 1971, S. 375–389.

²⁰ Stephen E. Hanson: Social Theory and the Post-Soviet Crisis. Communist and Post-Communist Studies, 1/1995, S. 119–130, hier: S. 127.

²¹ Ken Jowitt: Inclusion and Mobilization in Leninist Regimes, in: New World Disorder. The Leninist Extinction. Berkeley 1992.

²² Stephen E. Hanson: Social Theory and the Post-Soviet Crisis, in: Communist and Post-Communist Studies, 1/1995, S. 119–130, hier: S. 128.

²³ Andrew C. Janos: What Was Communism? A Retrospective in Comparative Analysis, in: Communist and Post-Communist Studies, 1/1996, S. 1–24, hier: S. 20, Tabelle 1.

Je heftiger die Gegnerschaft gegen das alte Regime, um so schärfer wird das Fortleben des Totalitarismus wenigstens in der öffentlichen Meinung postkommunistischer Länder festgestellt, obwohl die Untertypen dieses angeblichen Bewußtseins eher Varianten des Autoritarismus darstellen (konservativ-sozialistisch, imperial-nationalistisch, nostalgisch-parasitisch, autoritär-konservativ, autoritär-modernistisch, anti- oder prowestlich).²⁴ Die autoritären Meinungen in Surveys wie *Eurobarometer* oder *New Democracies Barometer* sind nicht zu leugnen, aber es ist voreilig, sie als „totalitär“ einzustufen, so lange nicht mehr als eine latente Nostalgie nach dem *ancien régime* festzustellen ist.

Theoretische und methodische Prospektive: Von der Transitologie zur Konsolidierungstheorie

„Transitologie“ wurde zunächst als ironischer Ausdruck benutzt, der – wie die „Sowjetologie“ – keine hohen theoretischen und methodologischen Erwartungen weckte. Als Ahnherr dieses Wissenszweiges wurde Machiavelli gefeiert. Schon er war ein Meister der unsystematischen, aber scharf analytischen Ad-hoc-Argumente. Philippe Schmitter war der erste, der eine Entwicklung von der *transitology* zur *consolidology* voraussah.²⁵ Der Terminus „Konsolidologie“ ist im Deutschen ein solcher Zungenbrecher, daß man seine Einführung gar nicht erst erwägen kann. Aber ohne Zweifel gibt es auch in den deutschsprachigen Ländern eine wachsende Konsolidierungswissenschaft.

In der Transformationsperiode war die Analyse stark auf klare Kausalitäten gerichtet. Die Überlegungen standen vielfach noch in der Tradition des „retrospektiven Determinismus“ der älteren Sowjetologie. Der Systemwechsel in Osteuropa war im Vergleich zu anderen Regionen erstaunlich kurz und – mit Ausnahme von Rumänien oder Georgien – erstaunlich wenig gewaltsam. Um so schwieriger war jedoch die Konsolidierung der Systeme.²⁶

In der Konsolidierungsphase überwiegt ein typologisch arbeitender Systemansatz, der sich weniger für Prognosen eignet. Allerdings ist die Vermutung, daß die vergleichende Systemforschung in Osteuropa zunehmend quantitativ-mathematisch vorgehen wird, auch ein Schritt zu der weiteren Vermutung, daß die Prognosefähigkeit der Erkenntnisse in Bedeutung gewinnt. Seit Downs gilt das behaviouralistische Credo, daß Sozialwissenschaften mehr auf die exakte Prognose als auf die detailliert erklärende Beschreibung der Phänomene gerichtet sein müssen. Die ältere Sowjetologie war jedoch im Vergleich zu ihrer Erklärungskraft in der Prognosefähigkeit eindeutig unterdeterminiert.²⁷

In der Entwicklung der Methoden der Osteuropaforschung wird es allerdings schwierig eine Uniformität geben. Vor allem im deutschsprachigen Raum bestehen die Regionalforschungseinrichtungen weiter. Sie werden auch künftig Politik, Geschichte, Ökonomie und Kultur im Baukastensystem anbieten, die mit unterschiedlichen

²⁴ Grigory Vainshtein: Totalitarian Public Consciousness in a Post-Totalitarian Society, in: Communist and Post-Communist Studies, 3/1994, S. 247–259.

²⁵ Philippe C. Schmitter/Terry Lynn Karl: The Conceptual Travels of Transitologists and Consolidologists: How Far to the East Should They Attempt to Go?, in: Slavic Review, 1/1994, S. 173–185, hier: S. 174.

²⁶ Ebd., S. 185.

²⁷ Frederic J. Floron Jr., The Logic of Inquiry [Fn. 2], S. 270.

Methoden erarbeitet worden sind.²⁸ Aber eine integrative *Landeskunde* als Lehrfach ist auch in Europa vielfach in Frage gestellt worden. Durch den Untergang des realen Sozialismus zerbrach die Klammer, die eine angebliche Region zusammenhielt. Rumänien und Ungarn waren in Osteuropa-Instituten immer vernachlässigt und hatten allenfalls in den wenigen Südosteuropa-Instituten den gebührenden Platz. Die Osteuropaforschung war dank der hegemonialen Stellung der Sowjetunion rußlandlastig. Diese Schwerpunktsetzung aber hat heute keine Berechtigung mehr, da viele osteuropäische Systeme als Aufnahmekandidaten für NATO und EU näher an Westeuropa heranrückten als Rußland selbst.²⁹ Die osteuropäische Geschichte drängt vielfach zurück in das Zentrum des Faches. Immer schon hat es bekannte Historiker wie Theodor Schieder, Werner Conze oder Hans-Ulrich Wehler gegeben, die sich gelegentlich mit osteuropäischer Geschichte neben dem Interesse an der allgemeinen Geschichte befaßten.

In Deutschland war die Osteuropaforschung mehr als in Amerika in Regionalstudieninstituten konzentriert. Die stärkere methodische Rückbindung der Osteuropaforscher der USA an ihre Mutterdisziplinen – nach dem Abbau der hegemonialen Stellung vieler Emigranten – war auch durch die Einbindung der Forscher in ihre Fachbereiche garantiert. Es gab an den Universitäten kaum Sonderinstitute. *Area studies* und sozialwissenschaftliche Komparatistik sind daher in Amerika auch in der postkommunistischen Ära weniger Gegner als Partner. Die deutsche Osteuropaforschung wird vermutlich dem Vorbild Amerika nacheifern.³⁰

Die *Sozialwissenschaften* haben durch die Transformation einen gewaltigen Auftrieb erfahren. Traditionell war die *Soziologie* am stärksten auf die eigene Gesellschaft konzentriert und daher in den Regionalforschungsinstituten unterrepräsentiert. Sie lieferte zudem am wenigsten anwendbares Wissen, wie es Ökonomen oder auch Politikwissenschaftler anbieten konnten.

Area Studies – vor allem in Osteuropa – waren jedoch in vielen Ländern von handfesten Beratungsinteressen begleitet. Die Leiter beratungsorientierter Institute sind mit Recht besorgt um die künftige Nachfrage nach Politikberatung.³¹ Die Nachfrage verlagert sich zum Teil vom Staat auf gesellschaftliche Akteure. Damit verändert sich das Gewicht der Fächer. Angesichts der über 1000 Firmen, die allein in der Russischen Föderation arbeiten, kann die *wirtschaftliche Osteuropaforschung* auf mehr finanzielle Unterstützung hoffen als andere Disziplinen.³²

Für die nichtkonsolidierten GUS-Staaten breitet sich eine Sehnsucht nach den alten gefälschten Statistiken aus. Man kannte ihr Bias und fand ihre Widersprüche, so daß einige Schlüsse gezogen werden konnten. Die Zentralisierung der Datenproduktion im sowjetischen System lud zur Meldung geschöner Daten von unten ein. Aber sie wurden „oben“ wenigstens gelegentlich nachgeprüft. Das Datenchaos der Russischen Föderation hingegen öffnet vorübergehend der Datenwillkür Tür und Tor. Ähnlich verwirrend sind die Begriffe und Konzepte, mit denen die Daten bearbeitet werden.

²⁸ Dietrich Beyrau: Totgesagte leben länger. Die Osteuropa-Disziplinen im Dschungel der Wissenschaften, in: *Osteuropa*, 10/1998, S. 1041–1049, hier: S. 1044.

²⁹ Jörg Baberowski: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte, in: *Osteuropa*, 8/9, 1998, S. 784–799, hier: S. 787.

³⁰ Thomas Bremer [u.a.]: Vorwärts in die Vergangenheit? Zur Zukunft der Osteuropaforschung, in: *Osteuropa*, 4/1998, S. 408–416, hier: S. 415.

³¹ Heinrich Vogel: Transformation in Rußland und die Probleme der politikbezogenen Forschung, in: *Osteuropa*, 8/9, 1998, S. 767–772.

³² Peter Danilow: Osteuropäische Regionalstudien oder Orchideenfächer?, in: *Osteuropa*, 8/9, 1998, S. 773–783, S. 777.

Kein Wunder, daß in der Soziologie vor allem Umfragedaten benutzt wurden, weil man die in gewisser Weise selbst unter Kontrolle hat.³³

Die Unsicherheit schlägt sich in einer methodisch-theoretischen Verzagttheit nieder. Man will erst einmal erneut Fakten sammeln und sich auf den Trümmern eines alten Regimes mit unklaren Konsolidierungsperspektiven orientieren. Da die objektiven Indikatoren, welche die nicht konsolidierten Demokratien produzieren, so wenig brauchbar erscheinen, ist es kein Zufall, daß nach Wegfall der alten Restriktionen die Forschung sich gerne auf Umfragedaten stürzt. *Survey-Forschung* aber wurde vor allem von Forschern betrieben, die sich vor 1989 niemals für Osteuropa interessiert hatten, wie z.B. Hans-Dieter Klingemann, Herbert Kitschelt oder Richard Rose. Sie konzentrieren sich in der Wahl-, Parteien- oder politischen Kulturforschung. Gelegentlich werden die Vorurteile der Osteuropaforscher gegen diese neue Konkurrenz bestätigt, wenn sie bestimmte Abweichungen von den nomologischen Gesetzmäßigkeiten nicht erklären können und dies der Erklärung der Spezialisten für die kulturellen Eigenarten des betreffenden Landes überlassen. Wo sich die neue Konkurrenz jedoch der Mitarbeit der alten Landesexperten versichern, entstehen heute die besten Standardwerke.

Die Creme der sozialwissenschaftlich orientierten Osteuropaforscher hat inzwischen ihre Bedenken gegen die area-fremden Transitologen angemeldet. Der Vergleich von Demokratisierungsprozessen in Süd- und Osteuropa ist nicht schon deshalb möglich, weil es einige defintitorisch gewonnene Übereinstimmungen gibt. Schmitter wurde vorgeworfen, Äpfel mit Orangen zu vergleichen. Zudem wird ein neues normatives Bias bei den Komparatisten gewittert: In ihrer „*Designer-Sozialwissenschaft*“ suchen sie nach einer „*Designer-Demokratie*“, die als überwiegend von Eliten-Akteuren geschaffen konzipiert wird. Valerie Bunce, die der Schmitter-Schule am pointiertesten entgegengetreten ist, will die großflächigen Vergleiche nicht als gänzlich sinnlos abtun. Mit Recht aber betont sie, daß die Differenzen die Übereinstimmungen der Prozesse überwiegen.³⁴

In der Tat geht es nicht um die Kontroverse *Area studies* oder vergleichende Sozialwissenschaft, sondern um die Frage der richtigen Dosierung der beiden Ansätze, um die Fruchtbarkeit der Ergebnisse in der Osteuropaforschung des Postkommunismus zu maximieren. Die großflächigen *Vistas* der Transitologen von Huntington bis Schmitter müssen an einer alten Kontroverse der Komparatisten geprüft werden: ist die Übereinstimmungs- oder die Differenzmethode anzuwenden? Seit John Stuart Mill wissen die Komparatisten, daß beide Ansätze möglich sind. Nur am Gegenstand aber kann entschieden werden, ob man Ost- und Südeuropa nach dem „most-similar-causes-Ansatz“ behandeln kann. Die Osteuropawissenschaftler werden daher darauf beharren müssen, daß der Vergleich von Ungarn und Spanien ein paar Einsichten bringen kann, aber letztlich doch in die Analyse starker Verschiedenheiten einmündet.

Die *Osteuropa-Wirtschaftsforschung* hat vermutlich die besten Zukunftsaussichten. Sie rückte ins Zentrum des Interesses der öffentlichen und privaten Geldgeber. Ideologiekritik ist überflüssig geworden. Die Osteuropageschichte erscheint überprivilegiert im Vergleich zu harten und vordergründig nützlichen Sozialwissenschaften. Die lästige Konkurrenz der Generalisten wurde abgeschüttelt. Wer würde es als analytischer Empiriker heute noch wagen, über „Ökonomie und Politik in Rußland“ in

³³ Klaus von Beyme: Sozialer Wandel und politische Krise in Rußland, in: *Osteuropa*, 6/1998, S. 543–563.– Stephen White/Richard Rose/Ian McAllister: *How Russia Votes*. Chatham 1997.

³⁴ Valerie Bunce: Should Transitologists Be Grounded?, in: *Slavic Review*, 1/1995, S. 111–127.

der Politikwissenschaft zu schreiben? Seit das linke Geschwätz über „politische Ökonomie“ ganzer Systeme verstummt ist, gibt es auch keine Herausforderung der Neomarxisten für die „bürgerliche Ökonomie“ mehr. Im „ancien régime“ mußten auch Sozialwissenschaftler sich mit Planungsorganisation und wirtschaftlichen Entscheidungsmechanismen der Partei- und Staatsorgane befassen. Heute kann natürlich Wirtschafts- und Sozialpolitik immer noch Gegenstand von politikwissenschaftlichen Analysen sein, aber der *policy-Ansatz* bleibt stark auf den *politics-approach* (politische Entscheidung) bezogen. Das eigentliche Funktionieren der Markt- oder Semi-Markt-Ökonomie in den postkommunistischen Staaten bleibt für die Ökonomen reserviert.

Angesichts der enormen mathematischen Begabung vor allem der Russen schreitet der Prozeß der *Ökonometrisierung* auch bei westlichen Osteuropa-Wirtschaftsforschern voran. Die Sozialwissenschaftler hinken mit *Rational-Choice-Modellen* einer individuellen Akteursentscheidungsökonomie mühsam hinterher. Aber die Ökonomie wird zum Trendsetter der Sozialwissenschaften. Einen Primat der Politik, wie er noch in den alten „Polizey- und Kameralwissenschaften“ existierte und im realen Sozialismus – wenigstens in ideologischen Erklärungen des Regimes – sich noch einmal „neobolschewistisch“ wieder herstellte, kann es nicht mehr geben. Die Ökonomie wird die Leitwissenschaft – bis hinein in die Kunst- und Kulturbereiche, die ihr inhaltlich am fernsten zu stehen scheinen.

Dieser hier vorausgesagte Prozeß der „*Selbstkolonialisierung*“ eines Faches – hoffentlich wieder eine Fehlprognose! – ist von keinem Geringeren als Albert Hirschman schon vor Jahrzehnten gebrandmarkt worden.¹⁵

Das Phänomen ist als *Karrierismus* gedeutet worden, weil Rational-Choice-Uniformität der Ansätze die Forschungsagenda rigide zu kontrollieren erlaubt. Ein vielseitiger Kommunismusforscher wie Chalmers Johnson befürchtete jedoch, daß durch diesen Trend Wissenschaftler ausgebildet werden, die die Kulturen, die sie untersuchen, systematisch mißinterpretieren. Die Gefahr ist um so größer, als das zugrunde gelegte Rationalitätskriterium vor allem ein amerikanisches Kulturgefühl reproduziert. Die Rational-Choice-Bewegung fand den früheren Behaviouralismus zu simpel. Er vernachlässigte die Institutionen. Diese wurden nun aber nicht in ihrer Besonderheit studiert, sondern ebenfalls ziemlich vereinfacht als „Spielregeln“ der Interaktion aufgefaßt. Analogien zum Sport wurden üblich.¹⁶ Die Institutionen haben kein Eigenleben, sondern sind nur Kanäle, in denen das politische Handeln so gebündelt wird, daß es jeweils mit den eigenen Präferenzen der Individuen kompatibel wird. Ein Fußballfeld hat keine Eigendynamik, so lange die Abseitsregeln noch gelten. Aber ein Parlament hat ein Eigenleben trotz einer rigiden Geschäftsordnung!

Die *politikwissenschaftliche Osteuropaforschung* hat einen starken Nachfrageverlust erlitten. Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus gibt es keine Arcana imperii mehr zu erklären. Die *Transitologie* optierte daher zum Teil bewußt für eine *Grundlagenforschung* und postulierte die Notwendigkeit einer historisch orientierten sozialwissenschaftlichen Forschung.¹⁷ Angesichts der Interaktion der osteuropäischen Länder mit den alten Demokratien ist eine wichtige Innovation die Zusammenschau von Innen- und Außenpolitik. Gelegentlich wurde auch die sowjetische Außenpolitik – vor allem soweit sie Außenwirtschaftspolitik war, aber auch bei rein symbolischer

Politik der Machtentfaltung – als Ausdruck von innenpolitischen Interessenkoalitionen gedeutet. Heute aber wird die „*linkage-Problematik*“, welche die Theorie der internationalen Politik immer beschäftigt hatte, ins Zentrum der Forschung gerückt. Dies ist um so auffälliger, je näher ein Land an die europäische Integration herangerückt ist, wie die Visegrád-Staaten.

In der *Osteuropa-Politikforschung* war die bedeutendste Innovation, daß die Konzepte der Demokratieforschung nun auf die neuen Demokratien übertragbar schienen. Die Interessengruppen-, Korporatismus- und Netzwerk- und Policy-Gruppen-Analysen hatte es schon in der sowjetischen Zeit gegeben, aber sie blieben auf den administrativ-politischen Teil des Geschehens beschränkt. Nun wurde vor allem der partizipatorisch-demokratische Teil des politischen Geschehens mit den im Westen entwickelten Konzepten angegangen. Am meisten Kontinuität hatten die Elitenstudien. Hier ließ sich eine beträchtliche Kontinuität des Personals feststellen – außer in Ostdeutschland. Die Spitzenpolitiker verschwanden, aber es war überwiegend nicht die Gegenelite, die an die Macht kam, sondern die „*lower nobility*“ des alten Kader-systems.¹⁸

Neue Felder der Osteuropaforschung

Vier neue Forschungsbereiche hielten Einzug in die sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung:

- a) die Erforschung der Zivilgesellschaft und des Nationalismus,
- b) das „*constitutional engineering*“,
- c) die Konsolidierungsforschung,
- d) die Entwicklung von Hybriden zwischen konsolidierter Demokratie und einem neuen Autoritarismus.

a) Zivilgesellschaft und Nationalismus

Der Zerfall der kommunistischen Ideologie verlangte nach Surrogaten, die in das ideologische Vakuum eindringen. Groß war die Hoffnung gewesen, daß die *Konzeption der Zivilgesellschaft* zur neuen besseren Form der Demokratie führen werden, womöglich auf der Grundlage eines mittleren Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus. 150 Jahre lang ging nach dem berühmten Diktum von Marx ein Gespenst um in Europa – der Kommunismus. Es war wie im Märchen: als der Bann sich löste und das Gespenst sich auflöste, trat gleichsam eine gute Fee hervor: die Zivilgesellschaft. Der Begriff der Zivilgesellschaft war die Leitidee für die friedlichen „*Kerzenrevolutionen*“. Mehr als der Rechtsabbiegerpfeil im Straßenverkehr kam von Osten nach Westen. Der Westen, der sich zunehmend in einem platten Neoliberalismus verstrickt hatte, schien plötzlich einen Ansatz für ein konsensfähiges normatives Konzept zu erhalten. Zwar hatte der Kommunitarismus mit seiner Suche nach „*community*“ schon ähnliches vorgedacht. Daß normative Konzepte aber über Nacht geschichtsmächtig werden könnten, haben die Vordenker der Zivilgesellschaft in der osteuropäischen Intelligencija erstmals vorexerziert. Der erstarrten Utopie eines real gewordenen Sozialismus wurde eine konkrete Utopie entgegengesetzt: die Zivilgesellschaft. Eine der bewaffnetsten ideologischen Großmächte der Weltgeschichte trat

¹⁵ Albert O. Hirschman: *Exit, Voice and Loyalty*. Cambridge/Mass. 1970, S. 9.

¹⁶ Chalmers Johnson/E. B. Kechn: *A Disaster in the Making. Rational Choice and Asian Studies*. Sommer 1994, S. 14–22.

¹⁷ Frank Umbach: *Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung*, in: *Osteuropa*, 8/9, 1998, S. 799–813, hier: S. 809.

¹⁸ Thomas A. Baylis: *Plus ça change? Transformation and Continuity Among East European Elites*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 3/1994, S. 315–328, hier: S. 325.

ab, ohne einen einzigen Schuß abzugeben. Das Wunder von Jericho, bei dem Trompeten Mauern zum Einsturz gebracht haben sollen, schien klein gegen die Kette von Wundern in Warschau, Leipzig, Prag oder Budapest.

Die osteuropäische Theorie der Zivilgesellschaft stand – wie ihr marxistisches Gegenbild – stark unter dem Einfluß dieser weltfremden intellektualistischen Weltauffassung. In Osteuropa mag dies eine läßliche Sünde gewesen sein. Der Anti-Realsozialismus der Freiheitsbewegung war hinreichend vom Fortschritts- und Periodisierungsschema des bekämpften Marxismus-Leninismus infiziert. Er wurde zur Verbesserung des Feinderlebnisses häufig als Stalinismus stilisiert, obwohl es sich längst um einen autoritären aber sklerotischen Poststalinismus handelte. Eine bloße Rückkehr zum „Kapitalismus“ war unerwünscht. Träume vom „Dritten Weg“ zwischen den Gesellschaftsformationen breiteten sich aus.

„Antipolitik“ und Wirtschaftsfremdheit haben dazu beigetragen, daß die „Macher“ rasch über die wohlmeinenden Zivilgesellschaftler siegten. Selbst Havel wurde im Hradschin nahezu eingemauert. Der Nationalismus wurde erfolgreicher. In einigen Ländern Ex-Jugoslawiens waren fast alle Parteien „nationalistisch“. Dafür hatte es im Westen nur in der Kampfzeit Irlands ein Vorbild gegeben. Umfragestudien zur politischen Kultur brachten zu Tage, wie stark die Zivilgesellschaft ein ideologisches Surrogat der Intellektuellen gewesen war, während die Massen eher einem traditionellen Nationalismus anhängen.

Die *Reethnisierung* war vor 1989 prognostiziert worden, aber in der Prognose hatten die Analytiker sich gleichwohl geirrt. Die Sowjetunion ging nicht aufgrund ethnischer Konflikte unter, wie Carrère d'Encausse vorausgesehen hatte, sondern an der wirtschaftlichen Unfähigkeit des Zentrums, die Interessen der Peripherie weiterhin zu binden. Die Ethnien blieben – mit Ausnahme des Baltikums – in der Sowjetunion bis 1991 eher bemerkenswert passiv. Die Erforscher der ethnischen Differenzen und Konflikte bekamen jedenfalls Hochkonjunktur und konnten der traditionellen Osteuropaforschung vorwerfen, den nationalen Faktor über den ideologisch-totalitären Faktoren vernachlässigt zu haben. Immerhin kam es nur in Ex-Jugoslawien zu einem unzivilen Bürgerkrieg. Die Tschechoslowakei und die Sowjetunion lösten sich relativ „zivil“ auf. Das ist bemerkenswert im Falle Rußlands, das traditionell wenig Anteil am zivilgesellschaftlichen Denken hatte. Noch ist kein russischer Garibaldi auf der Krim gelandet, um die russische „Irredenta“ zu befreien. Von 23 Grenzen sind nur drei nicht ethnisch umstritten und doch wurde außer in Tschetschenien der ethnische Konflikt bisher zivil ausgetragen. Man sage also nicht, daß die Idee der Zivilgesellschaft – die als Minimalanforderung Gewaltfreiheit bedeutet – nicht selbst im reethnisierten Hexenkessel Osteuropas gewisse Erfolge gezeitigt habe!

Die Anhänger der Zivilgesellschaft hatten nach dem schönen Wort von Bärbel Bohley Gerechtigkeit gewollt, aber nur den Rechtsstaat bekommen. Die Constitutional engineers (siehe unten, Punkt b) hielten es aber gerade für ausgeschlossen, daß mehr erreichbar war. Die Überbleibsel des Autoritarismus in den Köpfen und die neuen riesigen Verliererkoalitionen der wirtschaftlichen Transformation haben dazu beigetragen, daß der Erfolg der Kerzenrevolutionäre begrenzt blieb. Paradoxaer Weise wurden sie durch den raschen Erfolg geradezu enthauptet.³⁹

Der *individualistische* Strang des Denkens der Alt- und Neo-Kontraktualisten bewährte sich in der realen Demokratie in Ost und West weniger als die Tradition, welche die Zwischengewalten und Interessenorganisationen seit Montesquieu und

³⁹ Michael Bernhard: Civil Society after the First Transition, in: Communist and Post-Communist Studies, 3/1996, S. 309–330. – Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel: Zivilgesellschaft und Transformation, in: Forschungsjournal NSB, 1/1997, S. 12–33.

Toqueville betont hat. Die neuen *Zwischengewalten* der Interessengruppen blieben vielfach zu schwach für konsolidierte Demokratien, aber sie waren schon zu stark und organisiert, um die wenig zu Großorganisation geneigten sozialen Bewegungen nicht schrittweise verdrängen zu können.

b) Constitutional engineering

Niemals zuvor in der abendländischen Geschichte sind so viele Systeme auf einmal zu einem demokratischen System übergegangen. Die schöne Trinität der Stadien in der Schule Philippe Schmitters „Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung“ traf eigentlich nur auf die paktierten Transitionen wie Polen und Ungarn zu. Nicht überall gab es eine Phase der Liberalisierung. Immerhin blieb die Demokratisierung ein wichtiges Stadium, und es war durch die Suche nach neuen Institutionen gekennzeichnet.

Mit der Krise des Behaviouralismus kam „Grandpa's“ Institutionenlehre wieder zu Ehren. Man durfte wieder über die Vorzüge von Parlamentarismus und Präsidentialismus streiten. Die neuen Demokratien – aber auch einige alte Demokratien, die von der „Demokratie zur Demokratie“ übergingen, wie Italien 1994 – entdeckten auch im Westen die Vorzüge der semipräsidentiellen Systeme, die Sartori, der Wiedererwecker der Idee des Constitutional engineering, für sein Land befürwortete. Der Neo-Institutionalismus machte die Wende möglich, vor allem in Verbindung mit Rational-Choice-Ansätzen.⁴⁰ Die Suche nach dem geeigneten Institutionenmix für neue Demokratien – etwa Proporzwahlrecht in Kombination mit einem semipräsidentiellen System – beherrschte die Diskussion, die von Nicht-Osteuropaforschern dominiert worden ist.⁴¹ In diesen Ansätzen fanden sich die Konservativen wie Lijphart, Linz oder Sartori – ohne quantitative Präferenzrechnungen – mit jenen Ex-Linken, die manchmal als „Rational-Choice-Marxisten“ bezeichnet worden sind, wie Przeworski, Jon Elster oder Claus Offe. Wo die Traditionalisten die Machtstabilisierungskalküle charismatischer Führer zur Erklärung der Option für ein semipräsidentielles System statt eines rein parlamentarischen Systems annahmen, haben die Szientisten eher mit kollektiven Interessen argumentiert: Bei ungesicherten Parteiensystemen und wenig artikulierter Interessenvertretung sei ein System mit herausragender Stellung des Präsidenten eine notwendige rationale Wahl der Institutionen gewesen.⁴² Das hinderte die Paläoinstitutionalisten freilich nicht, mit deskriptiver Analyse komplexerer und individuellerer Erklärungsmuster fortzufahren, wie sie in den Osteuropa-Zeitschriften noch immer dominiert.⁴³

⁴⁰ Giovanni Sartori: Comparative Constitutional Engineering. Basingstoke 1994.

⁴¹ Jon Elster/Rune Slagstad (Eds.): Constitutionalism and Democracy. Cambridge 1988. – Claus Offe: Designing Institutions to East European Transitions, in: Robert E. Goodin (Ed.): The Theory of Institutional Design. Cambridge 1996, S. 199–225. – Joachim Hesse/Nevil Johnson (Eds.): Constitutional Policy and Change in Europe. Oxford University Press 1995. – Arend Lijphart: Constitutional Choices for New Democracies, in: Journal of Democracy, 1991, S. 72–84.

⁴² Herbert Döring: Parlamentarismus, Präsidentialismus und Staatstätigkeit, in: WeltTrends, 16/1997, S. 143–170.

⁴³ Klaus von Beyme: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt 1994, S. 229ff. – Wolfgang Merkel: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen 1996, S. 30–58.

Dem kulturellen Faktor wurde bei quantitativen Studien gelegentlich gehuldigt, wenn auch nicht mit individualisierenden Argumenten im Sinne der Anhänger einer Regionalforschung. Ökonomische und institutionelle Reform korrelierten mit religiösen Traditionen, wobei sich Cluster von Systemen orthodoxer oder muslimischer Religion und Cluster von protestantischen oder katholischen Systemen ergaben.⁴⁴ Das Regierungssystem korrelierte ebenfalls mit diesen Typen: je reformfreudiger die Ökonomie, um so parlamentarischer schien das Regierungssystem.

Während die Rational-Choice-Neoinstitutionalisten wie Jon Elster, inspiriert von kommunitaristischen Gerechtigkeitsvorstellungen, vor allem nach der Chancenverteilung und Gerechtigkeitsvorstellung der neuen Verfassungen fragten, haben die Altinstitutionalisten, wie Sartori, nur nach den Konsequenzen von bestimmten Institutionen gefragt. Die Förderung von Gerechtigkeit hielten sie sogar für gefährlich. Sie standen in der Tradition der Konstitutionalisten, die sich nicht auf Rousseaus *gute Menschen* verlassen wollten, sondern lieber *gute Institutionen* suchten, die sich – wie Kant einmal sagte – auch für „ein Volk von Teufeln“ bewähren würden. Die Gerechtigkeitsapologeten argumentierten hingegen, daß man über die Wirkung der Verfassungsinstitutionen keine verlässlichen Prognosen anstellen könne. Damit behielten sie in Osteuropa leider vielfach recht. Dies führte zu einem vierten neuen Schwerpunkt der sozialwissenschaftlichen Osteuropaforschung: den nichtkonsolidierten Demokratien.

c) Konsolidierungsforschung

„Constitutional engineering“ und die Schaffung neuer demokratischer Institutionen entsprachen einer Phase der Demokratisierung. Sie überzog bis etwa 1993. Danach wurde Schmitters dritte Phase der Konsolidierung zum Zentrum der vergleichenden Osteuropaforschung. Je langwieriger dieser Prozeß wurde, um so mehr Phasenunterteilungen tauchten auf. In der Regel waren es vier:⁴⁵

(1) Die *konstitutionelle Konsolidierung* auf der Ebene der *Polity* (Verfassungsordnung). Sie erfolgte in der dritten und vierten Welle der Demokratisierung relativ zügig, wenn auch gelegentlich Nachbesserungen der Verfassung nötig wurden, wie in Polen (1997) und in Ungarn (ein noch nicht abgeschlossener Prozeß).⁴⁶ Constitutional engineering war zu sehr auf die Rolle der Verfassungsinstitutionen fixiert und vernachlässigte anfangs die sekundären Institutionen in den Subsystemen.

(2) Auf der Ebene der *Interessengruppen* war die Konsolidierung in Osteuropa bisher wenig erfolgreich. Es bildeten sich neue Gewerkschaften heraus, oder die alten kommunistischen Gewerkschaften übernahmen die Führung wieder. Dennoch blieb ihr Einfluß – vor allem in Rußland – begrenzt, da sich die Institutionen der großflächigen Tarifverhandlungen nicht entwickelt hatten. Im Spätsozialismus wurde das *Korporatismus-Modell* auf die Steuerung des Systems angewandt. Im Postkommunismus aber

⁴⁴ M. Stephen Fish: The Determinants of Economic Reforms in the Post-Communist World, in: East European Politics and Societies, 1/1998, S. 31–78, hier S. 54f.

⁴⁵ Wolfgang Merkel: Systemtransformation, FernUniversität Hagen 1998, S.72ff. – Klaus von Beyme: Parteien im Prozeß der modernen Konsolidierung, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 3, Opladen 1997, S. 23–56.

⁴⁶ Attila Ágh: Permanent Constitutional Crisis in the Democratic Transition, in: Jens-Joachim Hesse/Nevil Johnson (Eds.): Constitutional Policy and Change in Europe, Oxford 1995, S. 296–326. – Andrew Arato: The Constitution-Making Endgame in Hungary, in: East-European Constitutional Review, 4/1996, S. 31–39.

zeigte sich, daß die sektorale „Governance-Funktion“ von Verbänden zur Steuerung einzelner Bereiche in eine chaotische Marktwirtschaft nicht hinüber gerettet werden konnte. Wo dies gelang, lag eher eine symbiotische Elitenkooperation alter Nomenklatur-Fragmente vor als ein „liberaler Korporatismus“. Die Zügelung einzelner Interessen durch Großverbände wurden ebenfalls noch nicht geleistet, so daß ein eher *anomischer Pluralismus* entstand.⁴⁷ Gesellschaftliche Organisationen wurden vielfach als Gradmesser für die Zivilgesellschaftlichkeit der Systeme angesehen, soweit diese nicht als bloß antipolitische organisationsscheue „*neue soziale Bewegung*“ perzipiert wurde. Aber die Organisationen waren weder herrschaftskritische Gegenmacht mit neuen Organisationsformen noch konsolidierte Mitgliederorganisationen, welche die Interessenartikulation und Interessenaggregation zufriedenstellend leisteten. Besser strukturiert waren die *Parteiensysteme*. Je präsidentieller das System war, um so geringer wurde jedoch die Bedeutung der Parteien. Vor allem die Befürworter eines semipräsidentiellen Systems in Osteuropa haben daher gelegentlich aus der Not eine Tugend definiert: Ein konsolidiertes Parteiensystem wurde nicht als Minimalkriterium für eine konsolidierte Demokratie angesehen, da fragmentierte Parteien mit hoher Volatilität auch im Westen vorgekommen seien.⁴⁸

(3) Die *Verhaltenskonsolidierung* bei den „informellen“ politischen Akteuren wie Militär, Unternehmer oder radikale Gruppen. Diese Konsolidierung war bis Anfang der 1980er Jahre in Spanien nicht gesichert und ist in Osteuropa bis Ende der 1990er Jahre kaum verlässlich, mit Ausnahme von Tschechien, Ungarn, Slowenien und Polen, den ersten Kandidaten für eine Osterweiterung der Europäischen Union.

(4) Die Ebene der *Konsolidierung der Bürgergesellschaft* dauert in der Regel eine Generation, wie die zweite Demokratisierungswelle des 20. Jahrhunderts auch in Italien, Deutschland, Österreich und Japan gezeigt hat. Meinungsfragen und das Auftauchen extremistischer Parteien zeigen, daß dieser Prozeß in Südeuropa, nicht aber in Osteuropa abgeschlossen ist.

Das parlamentarische System ist vor allem auf der zweiten Ebene der repräsentativen Konsolidierung involviert. Häufig wurden in der Literatur recht oberflächliche Indikatoren genannt:

- *Zwei Wahlen* ohne Gewalt von oben oder von unten,
- eine Akzeptierung von *Machtwechseln* der politischen Lager (nach diesem Kriterium hätte Deutschland nicht vor 1969, die fünfte französische Republik nicht vor 1981 und Italien nicht vor 1994 als konsolidiert zu gelten)
- *keine zu hohe Fluktuation* der Wählerstimmen,
- *keine großen systemfeindlichen Parteien*,
- und schließlich die *Internalisierung der Spielregeln* des parlamentarischen Systems bei der Mehrheit der Bevölkerung als „the only game in town“ (Juan Linz).

⁴⁷ Helmut Wiesenthal: Interessenverbände in Ostmitteleuropa – Startbedingungen und Entwicklungsprobleme, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle der Verbände im Transformationsprozeß, Opladen 1999, S. 83–113, hier S. 108.

⁴⁸ Larry Diamond: Introduction: Search of Consolidation, in: Larry Diamond u.a. (Eds.): Consolidating Third Wave Democracies, Baltimore 1997, S. XIV–XLVII, hier: S. XX, XXIV. – Andreas Schedler: What is Democratic Consolidation?, in: Journal of Democracy, 2/1998, S. 91–107.

Die Geschichte des parlamentarischen Systems zeigt jedoch, daß noch detailliertere Indikatoren für die Akzeptanz der Spielregeln gefunden werden können¹⁹:

- Durchsetzung der Solidarität der Minister und klarer Verantwortungsstrukturen.
- Akzeptierung der politischen Verantwortung statt der Ministeranklage und der Verlagerung politischer Konflikte in die Justiz. (In diesem Bereich kommt durch die Verfassungsgerichtsbarkeit bereits gelegentlich wieder eine neo-konstitutionelle Gesinnung in der parlamentarischen Demokratie auf, die ihre Schattenseiten hat.)
- Reduzierung der Befugnisse des Staatsoberhauptes in der Gesetzgebung (Veto), der Regierungsbildung, bei der Entlassung der Regierung und bei der Parlamentsauflösung.
- Reduzierung der Funktionen von zweiten Kammern und Demokratisierung des Wahlmodus, soweit noch eine annähernde Symmetrie zwischen den beiden Kammern besteht.
- Akzeptanz der Parteien als Klammer zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit.
- Akzeptanz, daß Parlamentarier Berufspolitiker sind, die durch ein gewisses Ausmaß der finanziellen Kompensation ihres Einsatzes durch Diäten gegen finanzielle Versuchungen von außerhalb des Parlaments geschützt werden müssen.

Nach einem weiteren Katalog der Kriterien für die Konsolidierung läßt sich unschwer erkennen, daß in Osteuropa unter Wałęsa oder El'cin die Systeme noch nicht konsolidiert waren. Die subjektiven Indikatoren der Akzeptanz von Gewaltfreiheit im Konfliktaustrag dürfen aber selbst in konsolidierten parlamentarischen Demokratien nicht allzu schematisch angewandt werden. Vielfach gibt es eine Kluft zwischen dem Funktionieren des Systems und den normativen Postulaten, welche die Bürger an das System richten. Zur Konsolidierung der Systeme gehört eine gewisse Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit, solange das Ideal nicht allzu unrealistisch und utopisch angesetzt wird.

d) Die nicht-konsolidierten Demokratien

Philippe Schmitter in seiner Kreativität für grifflige Neologismen hat die Phase der Konsolidierung rasch mit einem neuen Wissenszweig, der bereits erwähnten „consolidology“, in Verbindung gebracht. Das Peinliche daran war jedoch eine einmalige Entwicklung: Konsolidierungswissenschaft blieb in fast der Hälfte der Fälle mit Regimen konfrontiert, in denen es nicht zur Konsolidierung kam.²⁰ Man konnte aber nicht gut eine Wissenschaft für die Nicht-Konsolidierung erfinden. Es bleibt jedoch bei einem wachsenden Forschungszweig über nichtkonsolidierte Demokratie.

Samuel Huntingtons dritte Welle der Demokratisierung begann 1974.²¹ Im Gegensatz zu den beiden ersten Wellen (1828-1926, 1943-1962) in durchaus fragwürdigen Zeitabgrenzungen, war noch keine Welle des Gegenschlags vorgesehen, wie bei den

¹⁹ Klaus von Beyme: Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise. Opladen 1999, S. 520.

²⁰ Philippe C. Schmitter/Ferry Lynn Karl: The Conceptual Travels of Transitologists and Consolidologists: How Far to the East Should They Attempt to Go?, in: Slavic Review, 1/1994, S. 173-185, hier: S. 185.

²¹ Samuel P. Huntington: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman 1991, S. 16.

ersten Demokratisierungswellen (1922-1942, 1958-1975). Fragwürdige Terminierungen reizen zum begrifflichen „Anstricken“ und Ausbessern der Wellenannahmen. Wird eine vierte Welle der Demokratisierung nötig, weil 1997/87 noch 40 Prozent der Menschheit in autoritären Regimen lebten? Im früheren sozialistischen Lager wurden immerhin 69 Prozent als „elektorale Demokratien“ eingestuft, mehr als in Asien und Afrika und weniger als in Amerika.²² Der erste zivilgesellschaftliche Enthusiasmus der Demokratisierungsphase war verfliegen. Es wurde die Frage nach der dritten Entkonsolidierungswelle der Demokratie aufgeworfen. Das Besondere an der Entwicklung der 1990er Jahre war jedoch nicht die offene Rückkehr zur Autokratie, sondern die schleichende Aushöhlung der Demokratie. Die Mischformen formaler Demokratie und inhaltlicher Illiberalität der Demokratien wurden zum Untersuchungsgegenstand der neueren Osteuropaforschung.

Der Triumph über den Sieg der Demokratie in Osteuropa währte nicht lange. Es gab kein attraktives Feindbild für Demokraten mehr: Faschistische Diktaturen waren 1945 und kommunistische Diktaturen 1989-1991 untergegangen. Schon im Kommunismus beriefen sich alle auf die Demokratie, haben diese aber sehr unterschiedlich ausgedeutet. Diese Differenzen entfielen, seit Träume vom Dritten Weg im ersten zivilgesellschaftlichen Überschwang der Kerzenrevolutionäre sich nicht realisieren ließen. Nun kamen nur noch westliche Systeme in Frage. Selbst ein russischer Politiker, dessen demokratische Gesinnung nicht über jeden Zweifel erhaben war, wie der Parlamentspräsident Chazbulatov als Gegenspieler von El'cin dozierte 1992 über die drei Regierungsformen, zwischen denen Rußland zu wählen habe: präsidentielle, semipräsidentielle und parlamentarische Systeme.²³ Er war natürlich für das parlamentarische System. Aber auch dies war kein Beweis für demokratische Gesinnung.

Die Beharrungskräfte haben vielfach die alte, formal parlamentarische Verfassung mit einem kollektiven Staatsoberhaupt als Parlamentspräsidium verteidigt, um die Machtpositionen der Postkommunisten zu festigen. Die Demokratie hatte kein attraktives Gegenbild mehr. In den alten Demokratien waren viele Mängel komparativ von den Bürgern verarbeitet worden: Die Defizite der repräsentativen Demokratie wurden entschuldigt, da die Systeme immer noch besser seien als ihre autoritären Gegenbilder. In der Transitologie entbrannte nur noch ein Streit darum, ob es ein „bestes Modell“ der Demokratie gäbe, das man Osteuropa empfehlen könne.²⁴ Dabei wurde vor allem gegen die Verherrlichung der Konkordanzdemokratie gekämpft, die Lijphart den neuen Demokratien empfohlen hatte, wegen ihrer ethnischen und ideologischen Fragmentierung. Das „constitutional engineering“ wurde auf eine Kombination von Repräsentativität und Effizienz der neuen Systeme verwiesen, die weitere Fragmentierung verhindert und effiziente Führung fördert.

Während die osteuropäischen Transitologen begrifflicher Weise nach den bewährtesten institutionellen Designs für ihre Länder suchten, schlichen sich bei westlichen Transitologen Bedenken ein, daß ein vollkommenes Demokratiemodell in Osteuropa möglich sei. Von der Modernisierungsforschung – die auch auf den realen Sozialismus angewandt wurde, ist nach den funktionellen Requisiten für erfolgreiche Demokratisierung gesucht worden. Nach dem Systemwechsel spielten erneut willkürliche Festsetzungen wie 6000 Dollar Pro-Kopf-Einkommen eine Rolle. Der Nordbalkan der Visegrád-Staaten hatte sich an solche nicht gehalten und ist davon ausgegangen, daß die Synchronisierung von Marktwirtschaft und Demokratie gelingen könne, auch

²² Larry Diamond, Introduction [Fn. 48], S. XV, XLII.

²³ R.J. Chazbulatov: Kakaja vlast' nužna Rossii?, in: Socis, 11/1992, S. 18-31.

²⁴ Miroslav Novák: Is there one best „Model of Democracy“?, in: Czech Sociological Review, 2/1997, S. 131-157.

wenn nicht alle wirtschaftlichen Requisiten gegeben seien. Griechenland, Spanien und Portugal haben bei ihrer Abkehr von der Diktatur schließlich auch nicht an die Requi-sitenlehre geglaubt.

Westliche Forscher haben aber schon früh *hybride Formen der Demokratie* entdeckt. Die sprachlichen Neubildungen der Regierungsformenlehre schossen ins Kraut. Ted Gurr – einer der bekanntesten vergleichenden Revolutions- und Systemwechselforscher vor 1989 – nannte das, was entstand, „Anokratie“, ein Gemisch aus Anarchie und Autokratie.⁵⁵ Angesichts der starken Elitenkontinuität wurde von einer bloß „prozeduralen Demokratie“ gesprochen, die ein Elitenphänomen sei, ohne wirklichen Kontakt zu den Bedürfnissen der Massen.⁵⁶ In der Substanz hingegen diversifizierten sich die neuen Demokratien in *liberale, nationale und egalitäre* Formen. Die Neo-Demokraten bringen aufgrund von Enttäuschungen der Massen immer neue Formen autoritärer Politikthemen auf. Prozedurale Mindestkriterien wie Wahlen und Bürgerrechte werden zwar respektiert, aber *ad hoc* und *ad hominem* immer wieder durchbrochen.⁵⁷

Je stärker die *Wirtschaftspolitik* in die vergleichenden Forschungen einbezogen wird, um so pessimistischer fällt die Bilanz aus, angesichts von verzögertem *take off*, Inflation, Kapitalflucht und ruiniertes Fiskalpolitik. Der Fortschrittsoptimismus der frühen Modernisierungsforschung kannte nur die positive Entwicklung. Walt Rostows fünf Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung klangen wie die liberale Variante von Engels fünf Stadien im historischen Materialismus. Transitologie kann angesichts der Realitäten nicht nur „*Progressologie*“ sein und begann sich zunehmend mit den Prozessen der *Regression* zu befassen.

Begriffe aus der Lateinamerikaforschung kamen über eine generalisierte Transitologie in die Osteuropaforschung. Lukašenkas Staatsstreich 1996 mit drastischen Einschränkungen der Kompetenzen des Parlaments und des Verfassungsgerichts – per Referendum bestätigt – wurde als *Autogolpe* mit Fujimoris Selbstinszenierung von 1992 verglichen. Unterhalb der Ebene einer offenen Verletzung des Gleichgewichts der Gewaltenteilung lag der *decretismo* oder für Osteuropaforscher: die *ukazokratija*, mit dem Präsidenten in den GUS-Staaten die Gesetzgebung aushöhlten, bis zu russischen Ausmaßen, so daß am Schluß weder die Gesetze noch die Ukaze außerhalb der Hauptstadt beachtet wurden.

Einst hatte die Adjektivierung von Grundbegriffen wie „Rechtsstaat“ der positiven, zusätzlichen inhaltlichen Füllung gedient, wie der soziale Rechtsstaat, den die Bundesrepublik als Formel der Selbstdefinition des Systems an spätere neue Demokratien vielfach weitergab. In der osteuropäischen Welle der Demokratisierung wurden die Zusätze zum Begriff Demokratie eher negativ verstanden – und vor allem gingen sie auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit, selbst wenn sie mit plebiszitären Bestätigungsmethoden die Minimal-kriterien der Demokratie wahrten. „*Delegative Demokratie*“ war ein weit verbreiteter Begriff, den Guillermo O'Donnell anbot, vor allem für Lateinamerika entwickelt.⁵⁸

⁵⁵ Ted Gurr: The Transformation of the Western State: The Growth of Democracy, Autocracy and State Power since 1800, in: Alex Inkeles (Ed.): On measuring democracy. New Brunswick 1991, S. 69–104.

⁵⁶ Ellen Comisso: Is the Glass half full or half empty? Reflection on five years of Comparative Politics in Eastern Europe, in: Communist and Post-Communist Studies, 1/1997, S. 1–21, hier: S. 19.

⁵⁷ Philippe C. Schmitter: Dangers and Dilemmas of Democracy, in: Journal of Democracy, 2/1994, S. 57–74, hier: S. 61.

⁵⁸ Guillermo O'Donnell: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy, 1/1994, S. 55–69.

Anhand der Prüffragen an eine konsolidierte Demokratie in der Tradition von Robert Dahls „*Polyarchy*“ wurden Formen der „*defekten Demokratie*“ klassifiziert – vermutlich kein glücklicher Ausdruck, weil er suggeriert, daß es „perfekte Demokratien“ gibt.⁵⁹ Delegative Demokratie bedeutet, daß die Entscheidungsbefugnis an einen mehr oder weniger charismatischen Führer, meist den Präsidenten im semipräsidentiellen oder gar dreiviertel-präsidentiellen System (wie in einigen GUS-Staaten) delegiert wird. Andere Vorschläge lauten „*illiberale Demokratie*“.⁶⁰

Wie immer sie genannt werden, sind nach den Statistiken von Freedom House (1996) 56 Länder in der Grauzone zwischen konsolidierter Demokratie und offener Autokratie zu verorten, viele davon sind postkommunistische Systeme. In ihnen werden meistens nicht so sehr die politischen Partizipationsrechte als vielmehr die Freiheits- und Menschenrechte verletzt, was ganz in der Tradition des formalen Verfassungssystems der kommunistischen Systeme war. Neben diesen illiberalen Demokratien wurden „*exklusive Demokratien*“ gesichtet, die vor allem ethnische Minderheiten benachteiligen, von Estland und Lettland bis Rumänien. Ein dritter Typ wurde *Domänendemo-kratie* genannt. Hier gibt es neben dem formal demokratischen Prozeß noch Vetomächte, wie das Militär – wenn auch gelegentlich nur in einzelnen Bereichen. Im Gegensatz zu den ex-autoritären Systemen der Dritten Welt sind diese Vetomächte im Postkommunismus kaum offen organisiert. Es ist sogar erstaunlich, wie die kommunistische Tradition, daß das Militär sich der politischen Führung unterordnet, überwiegend auch im Postkommunismus bewahrt wurde. Dennoch genügen viele Systeme nicht dem Kriterium, daß die demokratischen Spielregeln „*the only game in town*“ (Juan Linz) sein müssen, weil vielfach korrigierende Mechanismen einwirken, und seien es nur die von traditionellen Eliten der früheren Kader in Wirtschaftspositionen oder in mafiosen Gruppierungen. Gerade weil die Beharrungskräfte im Postkommunismus die plebiszitär-demokratischen Mechanismen hochhalten, hat die Demokratieforschung der vergleichenden Osteuropaforschung heute eher auf eine harmonische Verbindung von Rechtsstaat und Demokratie abzuheben. Die Institutionen der *horizontalen Kontrolle* wurden daher besonders betont, wie Verfassungsgerichtsbarkeit oder wenigstens Autonomie der Gerichte, Rechnungshöfe, Oppositionsrechte und Gegengewichte in sozialen Organisationen.⁶¹

Die wichtigste Institution der horizontalen Kontrolle wird im Verfassungsgericht gesehen. In sozialistischer Zeit haben nur Polen und Jugoslawien relativ früh eine Entlastung der Partei durch *judicial review* akzeptiert, die von der ubiquitären Zuständigkeit der Partei ablenken konnte, was zu Frustrationen führen mußte. Der spätere zweite Präsident des russischen Verfassungsgerichts, Vladimir Tumanov, hat noch während der Perestrojka 1988 ohne artikuliertes Bedauern festgestellt, daß es kein sowjetisches Verfassungsgericht gäbe, aber die Diskussion um ein „*committee of constitutional supervision*“ zeige, daß die sozialistische Gesetzlichkeit weiter entwickelt werde.⁶²

⁵⁹ Wolfgang Merkel: Defekte Demokratien, in: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hrsg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt 1999 (im Erscheinen).

⁶⁰ Fareed Zakaria: The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs, Nov./Dez. 1997, S. 22–43.

⁶¹ Guillermo O'Donnell: Horizontal Accountability in New Democracies, in: Journal of Democracy, 3/1998, S. 112–126.

⁶² Vladimir Tumanov: Guarantees for Constitutionality of Legislation of the U.S.S.R., in: Christine Landfried (Ed.): Constitutional Review and Legislation. Baden-Baden 1988, S. 213–217, hier: S. 217.

Alle postkommunistischen Systeme haben später ihren Willen zur rechtsstaatlichen Demokratie durch die Einrichtung der Verfassungsgerichtsbarkeit dokumentiert. Als wirklich erfolgreich gilt die Einrichtung in den paktierten Transformationsländern Polen und Ungarn. Relativ erfolgreich erscheint die Einrichtung in Tschechien. Aus der gemeinsamen tschechoslowakischen Epoche 1989–1992 resultierte, daß auch in der Slowakei das Gericht tapfer gegen den autoritären Strom schwamm – ähnlich wie in Bulgarien. In Albanien, Belarus, Kasachstan, Rumänien und in geringerem Maße Rußland seit 1993, wurde hingegen die Verfassungsgerichtsbarkeit von der Dominanz der Exekutive beeinträchtigt.¹

Konklusion

Die nach 1989 wieder aufgebrochenen Kontroversen von sozialwissenschaftlicher Komparatistik und reiner Regionalwissenschaft beginnt sich durch den organisatorischen Wandel der Forschung selbst zu überleben. Nachhutgefechte sind zu erwarten. Den „Mainstream“ der Forschung beeinflussen sie nicht. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Osteuropaforschung stark von Konzepten und Fragestellungen der vergleichenden Sozialforschung beeinflusst wird.

Eine doppelte Konkurrenz erwächst den Osteuropaforschern: von den Wissenschaftlern der betroffenen Länder, die das „Weltniveau“ nicht mehr als Fahnenhaken reklamieren, sondern zunehmend verkörpern; und von vergleichenden Wissenschaftlern der Survey- und Indikatorenforschung, die keine Osteuropa-Spezialisten sind und eher Methoden- als Sprachkenntnisse mitbringen. Das fehlende Können gleichen sie aber durch Kooperation mit Regionalspezialisten aus.

Die Gewichte der Einzeldisziplinen der Sozialwissenschaften im weiteren Sinne verschieben sich in der Osteuropaforschung. Die Ökonomie wird vermutlich künftig am stärksten nachgefragt. Ihre quantifizierenden Methoden setzen Standards für alle Sozialwissenschaften – allerdings um den Preis abnehmender Breitenwirkung und direkter Verwertbarkeit der Ergebnisse.

Wer 1989 vom Ende der Geschichte geträumt hat, gehört schon wieder zu denen, die sich irren. Es gibt keine „*posthistoire*“, und es gibt sie um so weniger, je unkonsolidierter die Systeme Osteuropas sind.

Susanne Schattenberg

Wider die „Schutzzone“

Zur aktuellen Debatte über die Lage
des Faches Osteuropäische Geschichte

Zusammenfassung: Die Meinungen, die bisher im Laufe der – von Jörg Baberowski angestoßenen – Debatte über die Zukunft der Osteuropäischen Geschichte geäußert wurden hinsichtlich der Unbeweglichkeit des Faches und der schwierigen Situation des Mittelbaus, stimmen weitgehend überein. Die Autorin dieses Beitrags plädiert dafür, sich aber nicht auf eine Selbstheilung zu verlassen und die Reform der Hochschullandschaft anderen zu überlassen, sondern selbst zu handeln. Einerseits sollte darauf hingearbeitet werden, aus der zweistufigen Professoren- ausbildung eine einstufige zu machen. Andererseits spricht sich dieser Beitrag gegen eine Auflösung des Faches im Sinne Baberowskis, aber für eine Neuordnung der historischen Disziplinen aus. Die Universitäten sollten dazu bewegt werden, sich positiv dafür zu entscheiden, welche „Geschichten“ sie neben der deutschen anbieten wollen.

Jörg Baberowski hat mit seinem Beitrag „Das Ende der Osteuropäischen Geschichte“ zu einer Diskussion über die Lage des Faches angeregt. Seine provokanten und zum Teil auch polemischen Thesen vom „Ausnahmestand“, von der „Selbstisolation“ und „Selbstghettoisierung“ des Faches, seiner Existenz als „bloßer Appendix“ der geschichtswissenschaftlichen Institute in Deutschland, der Rückständigkeit hinsichtlich neuer Methoden und Ansätze und nicht zuletzt der lähmenden „Arbeitsteilung“ zwischen forschendem Mittelbau und herrschender Professorenschaft haben aber leider weniger zu einer an der Zukunft ausgerichteten Debatte über das Fach, als vielmehr zu Verteidigungsreden und auch persönlichen Kontroversen geführt.¹

Das ist umso erstaunlicher, als offenbar niemand ernsthaft bezweifelt, daß sich das Fach in einer schwierigen Umbruchsituation befindet. Das gilt sowohl hinsichtlich des Legitimierungsbedarfs seit 1989 bzw. 1991, hinsichtlich eines Methodenwechsels oder einer Methodenerweiterung als auch in bezug auf die schwindenden Studierendenzahlen und die Schließung erster Institute und Lehrstühle.

Dietrich Beyrau spricht ganz selbstverständlich von der „Lethargie der Osteuropawissenschaft“ und weist es als eine Eigenschaft der deutschen Disziplin aus, daß sie in den Methoden der US-amerikanischen Osteuropäischen Geschichte einen und den

¹ Herman Schwartz: Eastern Europe's Constitutional Courts, in: Journal of Democracy, 4/1998, S. 100–114.

¹ Jörg Baberowski: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in: Osteuropa, 8/9, 1998, S. 784–799, hier S. 785, 788, 793, 798.